

Hartmann, Hellmut

Article — Digitized Version

Einkommen in öffentlicher Hand: Einkommensverteilung zwischen Staat und Privaten im Mittelpunkt des 14. Europäischen Gespräches

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartmann, Hellmut (1965) : Einkommen in öffentlicher Hand: Einkommensverteilung zwischen Staat und Privaten im Mittelpunkt des 14. Europäischen Gespräches, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 8, pp. 417-419

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133512>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einkommen in öffentlicher Hand

Einkommensverteilung zwischen Staat und Privaten im Mittelpunkt des 14. Europäischen Gespräches

Hellmut Hartmann, Hamburg

Kritik — soweit sie fundiert und konstruktiv ist — gehört zu den Wesensmerkmalen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Bei allen Neigungen zum Konformismus, die in der Bundesrepublik bestehen, ist es tröstlich zu sehen, daß jene konstruktive Kritik noch nicht ausgestorben ist. Dies konnte man in Recklinghausen bestätigt finden, wo anlässlich des 14. Europäischen Gesprächs des DGB 20 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik mit gewissen Entartungserscheinungen unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Lebens ins Gericht gingen und hierbei Wahrheiten aussprachen, die man gemeinhin nicht ausspricht und die man deswegen gemeinhin nicht wahrhaben möchte. Der folgende Bericht resümiert die wesentlichen Ergebnisse jener uns bedeutsam erscheinenden Tagung. Im Anschluß hieran drucken wir das in seiner Analyse und konstruktiven Kritik umfassendste der drei Hauptreferate ab, die in Recklinghausen gehalten wurden. Außer Professor Ortlieb sprachen Prof. Dr. Konrad Littmann (Berlin) über „Die Staatstätigkeit — ein Ärgernis in der Marktwirtschaft?“ und Dr. Wolfgang Michalski (Hamburg) über „Gesellschaftliche Großaufgaben und die Verwendung öffentlicher Mittel in der Bundesrepublik Deutschland“*).

In Fortführung des vorjährigen Europäischen Gesprächs, bei dem es um die Einkommenspolitik in unserer modernen Gesellschaftsordnung, also im wesentlichen um die Frage der Einkommensverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ging, stand im diesjährigen von Prof. Dr. Bruno Molitor (Hamburg) geleiteten Recklinghausener Gespräch die Aufteilung des Volkseinkommens zwischen Privaten einerseits und dem Staat andererseits zur Diskussion. In einer Zeit, da selbst in demokratisch organisierten Staaten der westlichen Welt durch staatliche Kassen bis zu 43 % des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen fließen (Schweden 1962) — in der Bundesrepublik betrug der entsprechende Anteil 1962 immerhin auch 34 % —, ist die Durchleuchtung dieses Zusammenhanges weit mehr als eine Frage akademischen Interesses — zumal wenn, wie in der Bundesrepublik, durch Rühren liberaler Trommeln das Bewußtsein der Öffentlichkeit besonders kritisch gegenüber jeglicher wachsender Staatstätigkeit ist und überdies Parlamentswahlen bevorstehen, in deren Gefolge Staatsausgaben auf den Wirtschaftsbürger zukommen, von denen niemand weiß, wie und durch wen sie gedeckt werden sollen.

Diese Zusammenhänge in grundsätzlicher Hinsicht durchleuchtet zu haben, ist das Verdienst der in Recklinghausen versammelten 20 Experten¹⁾ aus Wis-

senschaft, Wirtschaft und Politik. Daß hierbei — insbesondere von den Referenten der drei Grundsatzvorträge, Prof. Dr. Konrad Littmann (Berlin), Dr. Wolfgang Michalski (Hamburg) und Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb (Hamburg), aber nicht nur von ihnen — manch unangenehme Wahrheiten ausgesprochen wurden, hat nichts mit „Schwarzmalerei“ zu tun, wie hernach in einer Wochenzeitung zu lesen war, sondern entspricht — so weit wir sehen können — der realistischen Sicht sich sorgender und „engagierter“ Wissenschaftler, solcher Wissenschaftler also, wie sie von Zeit zu Zeit als Ersatz für „jene blutleeren, sich Glasperlenspielen hingebenden, weltfremden Gelehrten“ gefordert werden (eine Kennzeichnung übrigens, die mehr Schablone als Abbild der Wirklichkeit ist).

In der Tat spricht nicht wenig für die Realitätsbezogenheit der Recklinghausener Diskussion. Spielen doch dort geäußerte Überlegungen, das Unbehagen über Qualität und Quantität der Staatstätigkeit betreffend, eine zusehends wichtigere Rolle in der öffentlichen Diskussion! Sei es, daß jener auf der Tagung vorgebrachte Vorschlag, im Interesse der Eindämmung der Wahlgeschenke-Inflation die Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments einzuschränken, nun von besorgten und verantwortungsbewußten Politikern (insbesondere von Bundestagspräsident Gerstenmaier) zum Gegenstand ernsthafter Erörterungen erhoben wurde — oder sei es, daß man angesichts der Ausgabenflut des Haushaltsjahres 1965 nun selbst in jenen Kreisen zuzugeben beginnt, um rigorose Mittel, den Staatshaushalt zu decken, nicht herumkommen zu können, in denen einst das Defizit trotz besseren Wissens beschlossen worden war.

Was den grundsätzlichen Aspekt der Recklinghausener Tagung betrifft, so wurde hier ein Bild unserer mo-

*) Eine gekürzte Fassung des Vortrages von Michalski erscheint in der ZEIT vom 27. 8. 1965.

1) Die Teilnehmer waren Prof. Dr. Hans Bachmann (St. Gallen), Anton Bonani (Köln), Dr. Alfred Christmann (Düsseldorf), Dr. Leo Crijns (Brüssel), Friedrich-Wilhelm Dörge (Hamburg), Wolfgang Frickhöffer (Bonn), Dr. Rolf Gocht (Bonn), Dr. Karl Kummer (Wien), Prof. Dr. Konrad Littmann (Berlin), Dr. Wolfgang Michalski (Hamburg), Prof. Dr. Bruno Molitor (Hamburg), Prof. Dr. Alois Oberhauser (Freiburg), Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb (Hamburg), Privatdozent Dr. Horst Sanmann (Hamburg), Dr. Hans Schüller (Hamburg), Prof. Dr. Th. A. Stevers (Tilburg), Bernhard Tacke (Düsseldorf), Dr. Eberhard Thiel (Berlin) und Prof. Gabriel Wackerermann (Straßburg).

dernen Wirtschaftsgesellschaft gezeichnet, wie es vollständiger wohl selten in zweieinhalb Tagen entworfen worden ist. Und siehe — der Anblick war, wenn auch realistisch, so doch nicht erfreulich! Wie es Molitor in seinem Schlußwort formulierte, sieht sich der moderne Wirtschaftsbürger in unserer heutigen pluralistischen Gesellschaft fünf Herausforderungen gegenübergestellt, auf die er eine Antwort finden muß.

Die erste Herausforderung ist in der Tatsache zu sehen, daß die Staatstätigkeit absolut und relativ ständig zunimmt — und das bei marktwirtschaftlicher Organisation der Wirtschaft und trotz massiv steigenden Lebensstandards! Man hat diese Entwicklung resignierend als „Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit“ gekennzeichnet, als historische Zwangsläufigkeit also, gegenüber der nichts auszurichten ist. — Nun hieße es natürlich mythologisch reden, wollte man die Geschichte als handelnde Instanz ansehen. Das ist sie nie gewesen und wird es nie sein. Wir können lediglich die Gründe angeben, die zur Aufblähung der Staatstätigkeit führen. Ein Grund etwa ist der, wie Littmann und Ortlieb näher darlegten, daß der demokratische Politiker mit „Gefälligkeiten“ im Konkurrenzkampf um die Wählerstimmen wirbt und die Versprechungen der politischen Konkurrenz sich gegenseitig in die Höhe schaukeln. Es wäre um unsere Demokratie schlimm bestellt, wenn dieser Schaukelprozeß unabdingbar zum politischen Stil gehörte und in diesem Sinne ein „Gesetz“ darstellte. Da wir dies nicht zu glauben vermögen, können wir auch nicht glauben, daß die wachsende Staatstätigkeit ein Gesetz sei, dem wir blind unterlägen.

Die zweite Herausforderung, der wir uns im Verhältnis zum Staat gegenübersehen, ist in dem in Recklinghausen intensiv diskutierten Faktum zu sehen, daß die Staatstätigkeit zwar dem Volumen nach groß, es aber nicht im Hinblick auf ihre Wirksamkeit ist. Zu diesem Thema legte Michalski eine fundierte Analyse der in der Bundesrepublik anstehenden gesellschaftlichen Großaufgaben vor. Seine Analyse, die von den Diskussionsrednern für bestimmte Sektoren unterstrichen und erweitert wurde, ergab die Existenz eines sozialen Ungleichgewichts, einer empfindlichen Unterversorgung mit bestimmten öffentlichen Diensten. — Um aus diesem Dilemma herauszukommen, hilft nur eine Neubesinnung. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre hier, zu fragen, was nur der Staat zur Stabilisierung des Lebensstandards tun kann. Hier liegt seine eigentliche Funktion, die ihm nicht von anderen Instanzen abgenommen werden kann. Diese Tätigkeit sollte er aber mit Konzentration aller seiner Kräfte betreiben. Alles andere, was nicht dieser Aufgabe dient, so wurde gefordert, sollte er abbauen. Praktisch bedeutet dies nichts anderes als die Eindämmung der heutzutage vordringenden sektoralen Umverteilung, wie sie sich z. B. in Erhaltungs-Subventionen bestimmter Berufsgruppen und Wirtschaftszweige darstellt. Diese Subventionen sind es auch, die die Elastizität unserer Budgets so empfindlich be-

schränken und eine Ausweitung von Investitionen in die eigentlichen staatlichen Dienste (Bildungs-, Gesundheitswesen und dgl.) verhindern.

Natürlich setzt ein solches Programm sachgerechte Entscheidungen voraus. Die dritte Herausforderung ist daher, Mittel und Wege zu finden, wie der Politiker, der selbst Partei ist, zu einer sachlich zweckmäßigen Aufgabenteilung findet. — Die Antwort hierauf kann nur bei der engagierten Wissenschaft gefunden werden, deren Aufgabe es sein muß, die Entscheidungen der Politiker mittels sachlich fundierter Konzepte vorzubereiten. Um diesen Punkt kreisten letztlich immer wieder die Erwägungen der in Recklinghausen versammelten Experten, die Praktiker aus Wirtschaft und Politik unter ihnen eingeschlossen: Nur die Wissenschaft kann in der sich ständig verkomplizierenden, arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft helfend eingreifen, die aus dem Elfenbeinturm der Neutralität hinaustritt und den Mut zum schlüssigen Konzept aufbringt. Ein solches Konzept hat stets zu zeigen, welches Ziel mit welcher Technik erreicht werden kann, und wie es finanziert werden soll. Letzte Richtmarke für die Wissenschaft sollte sein, eine gute Wachstumsrate zu ermöglichen, denn, um einen plastischen Ausdruck von Molitor zu verwenden, „das wirtschaftliche Wachstum ist das eigentliche Transportband der Freiheit“.

Die vierte Herausforderung, vor die unsere Wirtschaftsdemokratie gestellt ist, ist das Dilemma der Interessenverbände. Angesichts ihres dominierenden Einflusses erscheint es so, als ob die Forderung, in der Politik mehr Sachverstand als bisher walten zu lassen, utopisch ist. — Nun sind zweifellos Interessenverbände zur Gliederung der Wirtschaftsgesellschaft im vorparlamentarischen Raum notwendig. Indessen dürfen sie in der Demokratie, wenn sie funktionieren soll, nicht mit geschlossenem Visier kämpfen. Heutzutage ist aber leider die in Recklinghausen gemachte Feststellung, daß beinahe jeder, der in der öffentlichen Diskussion „Allgemeinwohl“ sagt, ein Lügner sei, nur allzu wahr. Soviel zum Stil der Interessenverbände selbst. Was die Frage des Zusammenwirkens von Staat und Interessenverbänden betrifft, so ist es nicht Aufgabe des Staates, seinerseits das Geschäft der Interessenverbände zu betreiben und trotz abnehmenden Bedarfes (Flüchtlingsverbände!) für deren Konstanz zu sorgen. Der Ruf nach dem Staat ist stets verdächtig. Als oberste Maxime sollte vielmehr das Prinzip der Selbsthilfe gelten, ein Prinzip, das die innere Stärke der Verbände ausmacht. So mußten sich zum Beispiel die in Recklinghausen versammelten Gewerkschaftler von den Diskussionspartnern am Podiumstisch sagen lassen, das dies selbstverständlich auch für die Gewerkschaften zu gelten habe. Konkret etwa: Anerkennung des Kollektivmonopols als Alternative zur direkten staatlichen Verteilungspolitik. Man kann nicht beides gleichzeitig haben.

Die fünfte Herausforderung, die in Recklinghausen sichtbar wurde, besteht in der Aufforderung an jeden Bürger, die ihm gebotenen Freiheitsrechte wahrzunehmen. „Wer nichts von den öffentlichen Dingen versteht und sich nur für seinen kleinen Herd interessiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm das Fell über den Kopf gezogen wird.“ — Konsequenterweise müßte man hierauf fordern, daß sich jeder Wirtschaftsbürger für seinen Staat interessiert — ein Vorhaben allerdings, das — wie Ortlieb deutlich machte — nicht ohne eine radikale Änderung unseres Ausbildungs- und Bildungswesens erreicht werden kann, in dem die politisch-ökonomische Bildung einen größeren Raum hätte, als das heute der Fall ist. Vieles wäre indessen schon erreicht, könnte man den Bürger gegenüber zwei extremen Ideologien immun machen, gegenüber Ideologien, die heute wie vor hundert Jahren in den Köpfen der meisten von uns herumspuken. Die eine Ideologie ist die liberalistische und beinhaltet die Ansicht, daß die Staatstätigkeit die Freiheitsberaubung automatisch mit sich bringt. Die andere Ideologie ist die kollektivistische und besagt, daß die Staatstätigkeit in sich stets segensreich sei. Beide sind jedoch nichts anderes als bloße Vorurteile. Die Tätigkeit des Staates ist an sich weder gut noch

böse. Weder ist es möglich, durch eine Ausweitung der staatlichen Tätigkeit allen Übeln unserer Zeit beizukommen, noch ist es denkbar, dieses Ziel einfach durch einen Abbau der Staatstätigkeit zu erreichen. Entscheidend ist nicht die Quantität, sondern allein die Qualität staatlicher Tätigkeit. Gelänge es, Programme zur stärkeren Rationalisierung der staatlichen Ausgabenwirtschaft durchzusetzen, wie sie in Recklinghausen z. B. von Michalski skizziert wurden, so würde ein Gegensatz zwischen der Steigerung des Lebensstandards und wachsender Staatsausgaben nicht mehr bestehen, wie er — offenbar in provokatorischer Absicht — im Generalthema der Tagung anklang („Steigerung des Lebensstandards oder wachsende Staatsausgaben?“). Denn natürlich ist steigender Lebensstandard nicht statt und auch nicht trotz einer Ausweitung der Staatstätigkeit erreichbar, sondern durch sie — sofern sie rational konzipiert ist. Die Aufforderung an uns alle, nach Wegen zu suchen, dies zu erreichen und damit das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat auf eine gesunde Basis zu stellen, umschrieb in Recklinghausen Littmann mit einem Wort des ehemaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy: „Frage nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern frage, was du für den Staat tun kannst!“

Wachsende Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Heute, 17 Jahre nach der Währungsreform, ist in unserer Bundesrepublik vieles von dem ins Hintertreffen geraten, was sich nicht über private Unternehmungen und Haushalte, über Angebot und Nachfrage auf dem Markt an wirtschaftlich, sozial und kulturell Notwendigem bereitstellen ließ. Während der Lebensstandard, soweit er auf den privaten Einkommen beruht, rasch und nachhaltig gehoben werden konnte — allerdings bei gleichzeitig einseitiger Vermögensverteilung —, blieb und entstand offenbar ein anderer Nachholbedarf, nämlich jener, der sich nur auf staatswirtschaftlichem Wege bewältigen läßt. Jedenfalls sprechen dafür die großen Nachholprogramme, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik von allen Regierungen und Parteien entwickelt worden sind. Diese Pläne treten in scharfer Konkurrenz zu der bisher dominierenden privaten Bedarfsbildung über den Markt. Wir stehen offensichtlich vor der Notwendigkeit, unsere gesamte bisherige Bedarfsbildung kritisch zu überprüfen und politisch zu entscheiden, wie weit und wie sie evtl. geändert werden muß. Wir stehen also vor einer großen und um-

fassenden wirtschaftspolitischen Aufgabe. — Angesichts dieser Situation sind folgende Fragen nach der „wachsenden Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft“ zu stellen. Weshalb ist der Staat überhaupt — langfristig gesehen — zunehmend wirtschaftspolitisch aktiv geworden, bzw. weshalb hat die sich selbst überlassene Marktwirtschaft als Koordinationsfaktor nicht ausgereicht? Und welche Schwierigkeiten stellen sich aus unseren politischen und gesellschaftlichen Zeitverhältnissen einer rationalen Wirtschaftspolitik entgegen, die u. a. jene offensichtlich notwendige Bedarfsumbildung durchführen will?

DER TREND ZUR GEMISCHTEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

Die Erfahrungen, welche die modernen Industrieländer in den letzten hundert Jahren gemacht haben, haben übereinstimmend gelehrt, daß eine marktwirtschaftliche Koordination der Entscheidungen privater Haushalte und Unternehmungen allein nicht in der Lage ist, alle lebenswichtigen Interessen der indu-